



Presseversion Rede

Tag der Deutschen Industrie
23. September 2014
bcc

„Die Zukunft der Industrie“

Ulrich Grillo
Präsident Bundesverband der Deutschen Industrie

Es gilt das gesprochene Wort.

Sendesperrfrist: 10:30 Uhr

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Hausanschrift
Breite Straße 29
10178 Berlin

Postanschrift
11053 Berlin

Telekontakte
T: 030 2028-1463
F: 030 2028-2463

Internet
www.bdi.eu

Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zum Tag der deutschen Industrie.

Seite
2 von 11

Ich danke zunächst allen, die diesen Tag auch in diesem Jahr wieder ermöglicht haben. Das gilt ganz besonders für unseren Hauptsponsor Deloitte: herzlichen Dank für Ihr großes und wie immer professionelles Engagement! Aber auch allen anderen Helfern ein herzliches Dankeschön.

366 Tage ist es her, dass die Wähler den Weg zu einer erneuten Großen Koalition wiesen. Wie sieht die Bilanz aus Sicht der Industrie aus? In der Europapolitik, wo die Kombination aus Konsolidierung und Wachstum erste Erfolge zeigt, aber auch in der schwierigen Situation um Russland und die Ukraine, den Irak und Israel hat die Bundesregierung einen guten gemeinsamen Kurs, eine gemeinsame Linie der Verantwortung gefunden.

Im Inneren sind das gehaltene Versprechen, die Steuern nicht zu erhöhen, der konsolidierte Haushalt, der Einstieg in mehr Markt bei der Energiewende sowie das Engagement bei den EEG-Entlastungsregeln positiv hervorzuheben. Doch wie es sich zum Tag der deutschen Industrie gehört, möchte ich einige Anregungen aus den gut 100.000 Unternehmen der Industrie vorbringen. Ich möchte Ihnen die Herausforderungen nennen, die sich aus Sicht der Wirtschaft stellen, aber auch konkrete Vorschläge machen, wie diese Herausforderungen bewältigt werden können.

Die drei Regierungsparteien sind mit großen Symbolthemen in den Wahlkampf gezogen. Insbesondere die Themen Mütterrente und Rente mit 63, Mindestlohn, Quote und Maut haben die innenpolitische Arbeit dieser Regierung geprägt.

Wir fragen uns schon, ob die Politik der großen Koalition bislang nicht zu rückwärtsgewandt ist, zu viel mit der Komfortsicherung beschäftigt und zu wenig auf Zukunft und Wachstum ausgerichtet ist. Bis heute gibt es kein schlüssiges Konzept, keinen klaren Fahrplan für die Entwicklung des Industriestandorts Deutschland bis 2017 und darüber hinaus. Einen solchen

Fahrplan aber brauchen wir: Wir brauchen ihn für Deutschland. Wir brauchen ihn für Europa.

Seite
3 von 11

- Wir fordern mutige und substantielle Schritte, um die Investitionen zu erhöhen.
- Wir fordern konkrete Vorschläge, um den Wirtschaftsstandort Deutschland attraktiver zu machen.
- Wir fordern zielführende Ansätze, um die gewaltigen Probleme der Demographie in den Griff zu bekommen.

Das globale Umfeld, in dem die deutsche Industrie eine herausragende Rolle spielt, duldet keinen Stillstand. Stillstand ist Rückschritt. Sie werden sich vielleicht fragen, was will der Grillo eigentlich? Wir haben doch Wachstum, einen konsolidierten Haushalt, gutes Konsumklima, Rekordbeschäftigung, die Welt bestaunt das deutsche Modell – und wir sind Fußballweltmeister. Diese glückliche Momentaufnahme ist ebenso fragil wie vergänglich.

Niemand wird mehr bestreiten, dass wir in schwierigen Zeiten leben, und zwar auf nicht absehbare Zeit. Ich halte es daher nach wie vor für einen gravierenden Fehler, genau jetzt die Stellschrauben zurückzudrehen, die uns vor zehn Jahren den Weg zum Erfolg geebnet haben. Wir brauchen keine Anreize für den Ruhestand. Wir brauchen Anreize für Arbeit und Wachstum. Und vor allem: Wir brauchen Anreize für Innovationen und Investitionen. Sonst stolpern immer mehr Rentner über immer tiefere Schlaglöcher.

Aber lassen Sie uns nach vorn schauen: Ich will drei fundamentale Entwicklungen ansprechen, die unsere Zukunft dramatisch prägen werden: erstens die globale Ordnung, zweitens die Digitalisierung, drittens die gesellschaftliche Herausforderung. Die globale Ordnung befindet sich in einer Transformationsphase mit dramatischen Umbrüchen, die ein hohes Maß an Unsicherheit mit sich bringen. Die aktuelle Rückkehr der Machtpolitik hat unsere Träume von einer Welt, in der wir uns friedlich mit Themen der Global Governance wie Klimawandel, Menschenrechte, Armut und Freihandel beschäftigen können, empfindlich gestört. Und das ist für

die deutsche Industrie eine empfindliche Bedrohung. Unsere Wertschöpfungsketten werden immer länger und immer internationaler. Immer mehr Unternehmen liefern nicht nur in die Welt, sie forschen, entwickeln und produzieren auch dort.

Für dieses Erfolgsmodell brauchen wir innere Stärke und äußeren Frieden. Die Digitalisierung verändert unser Leben und unser Wirtschaften. Wertschöpfungsketten werden digital miteinander vernetzt. Produkte, Maschinen oder Versorgungsnetze werden „intelligent“. Die Chancen dieser Entwicklung sind auch für Deutschlands Industrie gewaltig. Gewaltig sind aber auch die Aufgaben. Wir werden neue Ansätze für Sicherheit und Datenschutz benötigen, ebenso wie für unsere Arbeitswelt. Und wir brauchen Rezepte für den Wettbewerb mit den dynamischen IT-Mächten in USA und Asien.

Wir müssen aber auch die dritte Herausforderung behandeln: Wie viel Rückhalt hat die Industrie in der Gesellschaft? In Deutschland war es über Jahrzehnte selbstverständlich, dass Wohlstand und Sicherheit nicht vom Himmel fallen, sondern hart erarbeitet werden müssen. Dabei kam und kommt es immer wieder zu Konflikten. Die haben wir in unserer sozialen Marktwirtschaft meist gut gelöst. Sie hat den deutschen Erfolg auf den Weltmärkten ermöglicht. Es war ein System des Ausgleichs und der Balance.

Diese Balance droht heute in der Gesellschaft verloren zu gehen. Das Gespür der Deutschen für die Quellen ihres Wohlstandes scheint gestört. Eine nachhaltige Gesellschaft muss stets ökonomisch, ökologisch und sozial ausgewogen sein, wenn sie erfolgreich sein will.

Daher brauchen wir Rahmenbedingungen, die nicht nur ökologisch oder sozial Sinn ergeben, sondern zugleich auch unsere Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten im Auge behalten. Deutschlands Gewicht in der Welt basiert auf unserer ökonomischen Ausnahmestellung. Und die Industrie ist die Maschine, die den Karren zieht. Mit seiner wichtigsten Maschine sollte man sorgsam umgehen.

Keine der drei Entwicklungen, die ich genannt habe, ist unlösbar. Wir haben die Erfahrung, wir haben das Wissen, wir haben die Ideen und wir haben die Kraft, sie zu gestalten. Doch wir als Industrie brauchen auch Mut, Leidenschaft und Begeisterung dafür. Die für viele noch schwer greifbare Entwicklung zu einer zunehmend digitalisierten Ökonomie werden wir nicht meistern, indem wir über die Stärke unserer Konkurrenten klagen und die Politik um Amtshilfe im Wettbewerb bitten. Wir brauchen keine Verlierermentalität! Investieren, innovieren, Märkte entwickeln! Das können wir.

Wer sagt denn, dass das Rennen um die Zukunft von Industrie 4.0 schon vor dem Start durch die sogenannten Internet-Giganten gewonnen ist? Das komplexere Ende von Industrie, die Produktion, beherrschen wir seit langer Zeit am besten. Dort müssen wir ansetzen und diese Stärken entschlossen, klug und geschickt in die digitale Zukunft weiter entwickeln.

Auf den Zukunftsfeldern der IT- und Internetwirtschaft ist der Kuchen noch längst nicht aufgeteilt. Bei Cloud-Computing, Big Data, Social Media, Enterprise-Mobility und Cyber-Security können sich deutsche Unternehmen noch immer positionieren. Nötig ist dazu allerdings eine Kultur der Anstrengung. Also keine, die uns unbekannt wäre.

Wir in der Wirtschaft müssen die richtige Einstellung zur Zukunft finden. Viele unserer Unternehmen haben sie, manche kämpfen noch darum. Die Politik kann uns dabei helfen, wenn Sie uns die Rahmenbedingungen und Chancen bietet, die zu uns passen und die unsere Stärken optimal zur Entfaltung bringen. Wir appellieren deshalb an Sie, Frau Merkel, und an Ihr Kabinett der Großen Koalition:

- Lassen Sie die Chancen unserer Zeit nicht ungenutzt!
- Stellen Sie die Weichen in Richtung mehr Wettbewerbsfähigkeit, verbessern Sie die Rahmenbedingungen für Unternehmen in Deutschland!

- Vor allem: Arbeiten Sie mit uns gemeinsam an der Zukunftsfähigkeit unseres Landes und unseres Kontinents.

Bis zur nächsten Bundestagswahl sind jetzt noch drei Jahre Zeit. Drei Jahre, die die Politik konsequent nutzen muss, um konsistente und geschlossene Konzepte umzusetzen, die der Wirtschaft und dem ganzen Land wirklich weiterhelfen. Ich will vier zentrale Herausforderungen für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands nennen.

Die erste Herausforderung heißt: Frieden und Vertrauen in Europa – diese Herausforderung hat die Bundesregierung mit beachtlicher Konsequenz und Einsatzbereitschaft angenommen. Die aktuelle Weltpolitik macht uns allen große Sorgen – nicht nur wirtschaftlich. Im Gegenteil. Wir haben immer deutlich gemacht: Frieden und Freiheit stehen über wirtschaftlichen Interessen. Es geht dabei nicht darum, was ein einzelner Unternehmer richtig oder falsch findet. Es geht um die Werte, für die wir stehen. Der BDI hat die Bundesregierung in der Ukraine-Frage, wie auch stets in der Euro-Krise, von Beginn an unterstützt.

Niemand wünscht sich Sanktionen, aber niemand kann sich ein wirtschaftlich prosperierendes Europa vorstellen, in dem ein Partner militärische und politische Gewalt zum Prinzip seiner Politik erklärt. Auf die eigenen Werte zu verzichten, um kurzfristig Umsätze und Gewinne zu sichern: Das ist mir zu teuer! Wir wissen, dass Sie diese Krise mit enormem Verantwortungsbewusstsein handhaben. Wir vertrauen Ihnen und unterstützen Sie, wo wir können. Denn: Es geht in diesen Tagen auch um die Strahlkraft unserer Vision eines geeinten und friedlichen Europas.

Zu vielen Menschen in Europa geht es schlecht. Sie haben das Vertrauen in Europa verloren. Die Folgen dieses Misstrauens waren dann bei der Europawahl in diesem Jahr zu besichtigen: Wenn Europa eine friedliche und reiche Zukunft haben will, brauchen wir die Hilfe unserer Freunde. Ich will dabei Italien, Großbritannien und Frankreich hervorheben. Ich freue mich sehr, dass der französische Ministerpräsident Valls heute bei uns sein wird und seine Vision eines wirtschaftlich starken Frankreichs schildern wird.

Ich will aber bei allem Verständnis für die innenpolitische Lage Frankreichs eines klar machen: Deutschland ist nicht schuld an den strukturellen Problemen der französischen Volkswirtschaft, und Deutschland ist auch nicht in der Verantwortung, diese Probleme zu lösen. Deutlich weniger als die Hälfte der Menschen beteiligte sich überhaupt an der Europa-Wahl, diejenigen, die eine Rückkehr zu einem Europa der Nationalstaaten und der alten Grenzen wünschen, haben Erfolge errungen. Das ist der falsche Weg für Deutschland! Das müssen wir verhindern!

Die zweite Herausforderung ist die Energiepolitik: Machen Sie die Energiewende zu einem umfassenden Reformprojekt – und vor allem: Machen Sie sie zu einem europäischen Projekt! Schließlich sparen wir in Europa rund 50 Milliarden Euro, wenn wir einen integrierten europäischen Energiemarkt schaffen. Wenn erneuerbare Energie über nationale Grenzen hinweg angeboten wird, dann entsteht ein größerer Markt mit niedrigeren Preisen.

Wir müssen an die Kosten ran. Verbraucher und Wirtschaft haben allein in diesem Jahr 23 Milliarden Euro für erneuerbare Energien gezahlt, die einen Marktwert von nur drei Milliarden Euro haben. Entlastungen und Freistellungen hin oder her: Das ist und bleibt zu viel! Die Energiekosten in Deutschland benachteiligen die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt. Und zwar massiv.

Wir brauchen aber auch mehr Mut zur Innovation. Angesichts unserer Abhängigkeit von russischem Gas, angesichts der ständig steigenden Kosten für Energie, können wir es uns nicht leisten, Technologien wie das Fracking vorschnell abzulehnen. Unser „Fracking-Sausen“ ist gefährlich! Ein so importabhängiges Industrieland wie Deutschland muss die Chancen sehen, die sich mit der Förderung unkonventioneller Gasvorkommen in Europa und der Welt verbinden.

Hätten unsere Vorfahren die theoretischen Möglichkeiten des Fehlschlags zum Maßstab für die Praxis gemacht: Die erste Lokomotive wäre nie

losgefahren, die erste Penicillin-Heilung stünde noch aus. Gerade das Beispiel USA hat gezeigt, dass sich eine solche Diskussion lohnt. Dort haben auch die Umweltverbände umgedacht. Statt die Förderung völlig abzulehnen, konzentrieren sie sich jetzt darauf, dass die Förderung des Schiefergases möglichst umweltfreundlich geschieht. Das ist der richtige Weg! Und den sollten wir auch in Deutschland gehen.

Bei der dritten Herausforderung geht es darum, Innovationen zu fördern und Investitionen voranzubringen. Wir brauchen keine Skepsis, keine Ablehnung von Innovationen, weder in der Politik, noch in der Bevölkerung. Nein, wir brauchen Begeisterung für Innovationen. Wir sind doch das Land der Ideen. Lassen Sie uns dieses Innovationspotenzial einsetzen, und zwar hier, in Deutschland.

Wer Innovation will, der muss Investitionen fördern. Und wer Investitionen fördern will, der muss für gute Rahmenbedingungen sorgen und ein Mindestmaß an Verlässlichkeit schaffen. Nicht nur die Unternehmen stehen heute in einem intensiven globalen Wettbewerb, auch die einzelnen Standorte tun es. Ein Unternehmen investiert, wenn sich die Investition mit hoher Wahrscheinlichkeit rechnet. Dabei steht dem investitionsbereiten Unternehmen heute die ganze Welt offen. Der globale Standortwettbewerb ist immens. Wir müssen kämpfen, um vorn dabei zu bleiben. Während andere Länder z. B. die Innovationsanreize durch eine steuerliche Forschungsförderung erheblich erhöhen, fehlt diese hierzulande immer noch.

Was Deutschland ganz vorrangig braucht, ist eine umfassende Investitionsoffensive. Diese muss alle Arten von Investitionen abdecken: Investitionen in Bauten, Maschinen, Anlagen und Infrastrukturen, Investitionen von Privaten und solche von staatlichen Stellen, Investitionen von Inländern und von Ausländern. Investitionen helfen, unseren Standort zukunftsfest zu machen. Bei Privatinvestoren ist bekanntermaßen genug Geld da. Es muss nur mobilisiert werden. Das ist eine Frage des Vertrauens und der Rahmenbedingungen. Wir brauchen eine Willkommenskultur für Innovationen und für Investitionen in Deutschland.

Viertens: Sorgen Sie dafür, dass Deutschland und Europa ihre Position im internationalen Welthandel verbessern; dass wir besser gewappnet sind gegen den Druck, der aus den globalen Märkten kommt. Sorgen Sie dafür, dass die EU ein exzellentes Freihandelsabkommen mit den USA abschließt. Gemeinsam bilden Europa und Amerika eine Wirtschaftsregion, die 50 Prozent des Welthandels umfasst. Wenn wir hier Zölle abbauen und wenn wir hier gemeinsame Standards gegenseitig anerkennen, dann wird das unsere Volkswirtschaften wettbewerbsfähiger machen, es wird Wachstum schaffen, und es wird Arbeitsplätze schaffen.

Ich weiß: Die Öffentlichkeit und viele Ihrer Wählerinnen und Wähler sind skeptisch. Irritiert durch Kampagnen und bewusst geschürte Zweifel. Dagegen müssen wir gemeinsam arbeiten. Mit Transparenz, Fakten und Überzeugungskraft. Ich danke Bundesminister Gabriel ausdrücklich, dass er sich für TTIP einsetzt – auch gegen Widerstände in der eigenen Partei. Auch die konstruktiv-kritische Haltung des DGB sehe ich positiv. Nur wenn Politik und Wirtschaft mit offenem Visier mit unseren amerikanischen Partnern über die Details dieses Abkommens ringen, werden auch die Zweifel in der Bevölkerung kleiner werden. Wir dürfen die historischen Chancen nicht ungenutzt lassen, nur weil wir die Diskussion scheuen. Das wäre politisch und wirtschaftlich verantwortungslos.

Ich will an einem Tag wie diesem aber nicht nur über unsere Erwartungen an die Politik reden, sondern auch über die Erwartungen an uns! Für unseren Erfolg sind immer noch in erster Linie wir selbst verantwortlich! „Be the change you want to see in the world“, hat Mahatma Gandhi einst gesagt. Und das gilt auch in der Wirtschaft. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in unsere soziale Marktwirtschaft ist gesunken. Genauer gesagt: Einige, sehr sehr wenige Unternehmen haben Vertrauen verspielt, das die allermeisten von uns verdient haben.

Wir alle wissen: Es handelt sich um Einzelfälle. Dennoch heißt es oft: „Die da oben in der Wirtschaft, die machen sowieso, was sie wollen.“ Die Folge: Viele Menschen in Deutschland halten die soziale Marktwirtschaft nicht

mehr für sozial. Man wünscht sich stattdessen mehr staatliche Eingriffe und stärkere Regeln. Die Menschen vermissen in der Wirtschaft das Maßhalten und den sozialen Ausgleich.

Was können wir also tun, um verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen? Wir müssen für die soziale Marktwirtschaft, für die Industrie, für das Unternehmertum werben. Bei unseren Mitarbeitern, bei den Bürgern, mitunter auch in der Politik. Wir sollten nicht nur als Wirtschaftsvertreter, sondern auch als Wirtschaftserklärer agieren. Mehr Vertrauen schenkt man uns auch, wenn wir konsequent das deutsche Unternehmer-Ethos leben. Der Deutsche Corporate Governance Kodex ist da ein guter Leitfaden. Ein Leitfaden mit vielen wertvollen Empfehlungen, wie man die unternehmerische Entscheidungsfreiheit mit den Fragen der Wirtschaftsethik verbindet. Und bei Ethik geht es ja immer um die zentrale Frage: Wie führe ich ein gutes Leben? Was sind meine Rechte? Und was sind – im Gegenzug – meine Pflichten? Diese Fragen stellen sich auch für Unternehmen, Unternehmer, Manager. Also für uns alle. Denn das alleinige Ziel der Wirtschaft ist ja nicht der Gewinn. Unser Ziel und unsere Pflicht muss es sein, zum Wohlergehen der Gesellschaft beizutragen.

Gewinn ist dabei natürlich wichtig: Bevor man verteilen kann, muss man erwirtschaften. Aber Gewinn ist nur ein Mittel. Es darf nicht der einzige Zweck des Unternehmens sein. Wirtschaft sollte in diesem Sinne wieder mehr Verantwortung übernehmen. Wir müssen vorleben – und erklären – dass die Spielregeln der Gesellschaft auch die Spielregeln der Wirtschaft sind: dass Werte wie Anstand, Rechtschaffenheit, Haltung, Ehrlichkeit oder Fairness eben auch in den Vorstands- und Geschäftsführungsetagen gelten.

Ich bin mir sicher: Niemand von uns will in einer Gesellschaft leben, in der diese Werte vernachlässigt werden. Lassen Sie uns deshalb – gemeinsam mit der Politik, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, – dazu beitragen, dass es wieder mehr Vertrauen in die Wirtschaft gibt; lassen Sie uns dafür gemeinsam Verantwortung übernehmen, für Deutschland und Europa. Was bedeutet Verantwortung in diesem Zusammenhang?

- Es bedeutet, dass wir die industrielle Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes stärken.
- Es bedeutet, dass wir Ernst machen müssen mit der Re-Industrialisierung Europas.
- Es bedeutet, dass die Industrie zum Kernprojekt der nächsten europäischen Legislaturperiode wird, und
- es bedeutet, dass wir zu einer neuen Verantwortungskultur in der Wirtschaft kommen.

Denn Tatsache ist und bleibt: 90 Prozent des globalen Wachstums werden in den nächsten fünf Jahren außerhalb von Europa erwirtschaftet. Wenn wir unseren Anteil an diesem Wachstum sichern wollen, dann geht das nur mit einer wettbewerbsfähigen Industrie. Nur so können wir wachsen, nur so können wir Wohlstand und Arbeit schaffen in Deutschland und in Europa. Innere Stärke und äußerer Frieden. Daran müssen wir arbeiten. Für eine starke Industrie, für ein starkes Deutschland und für ein starkes Europa. Vielen Dank!